

XXIV. GP.-NR

5886 /AB

30. Aug. 2010

zu 6279 /J

**bmask**BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ**RUDOLF HUNDSTORFER**  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel.: +43 1 711 00 - 0

Fax: +43 1 711 00 - 2156

rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at

www.bmask.gv.at

DVR: 001 7001

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

GZ: BMASK-20001/0041-II/A/2/2010

Wien, 26. AUG. 2010

**Betreff: Parlament**  
**Parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Dolinschek u. a. betreffend**  
**Wechsel in das ASVG- System, Nr. 6279/J**

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 6279/J der Abgeordneten Dolinschek u. a.** wie folgt:

Vorweg weise ich darauf hin, dass ich diese Anfrage an die Pensionsversicherungsanstalt mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet habe.

**Frage 1:**

Im Zeitraum von 01.01. bis 30.06.2009 haben 19 Personen schriftlich Anfrage bezüglich der Auswirkungen des Wechsels in das ASVG-System eingebracht. Insbesondere sollte der frühestmögliche Pensionsbeginn für eine vorzeitige Alterspension festgestellt werden.

Die Verteilung auf die genannten öffentlich-rechtlichen Dienstgeber ergibt folgende Ergebnisse:

öffentlich-rechtlicher Dienstgeber	Ansuchen
Bund	6 – davon 2 Ministerien
Bundesländer	3

Gemeinden	6
Post AG	4
Telekom Austria	-
ÖBB	-
Gesamt	19

Da diese Personen nicht Versicherte der PVA sind, wurden keine Beratungen und Überprüfungen durchgeführt.

### Frage 2:

Die PVA hat bisher für diese Fälle keine gesonderten statistischen Kennzeichnungen durchgeführt.

In Anbetracht der kurzen Stellungnahmefrist wurden jene Fälle händisch überprüft, in denen das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis seit 01.01.2005 beendet worden ist. Diese Auswertung ergab, dass im 1. Halbjahr 2009 zwei Anträge auf Gewährung der Langzeitversichertenpension und 1 Antrag auf Zuerkennung der Alterspension eingebracht wurden. Alle drei Anträge wurden von Frauen gestellt, wobei je ein Antrag auf die ehemaligen öffentlich-rechtlichen Dienstgeber Bundesland, Gemeinde und Post AG entfällt.

### Frage 3:

Im Zeitraum von 01.01. bis 30.06.2009 haben insgesamt 179 Personen das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis beendet.

Die Verteilung auf die einzelnen Dienstgeber ergibt folgende Detailstatistik:

öffentlich-rechtlicher Dienstgeber	Frauen	Männer	Gesamt
Bund	19	95	114 – davon 19 Ministerien
Bundesländer	5	6	11
Gemeinden	13	15	28
Post AG	4	16	20
Telekom Austria	1	5	6
ÖBB	-	-	-
Gesamt	42	137	179

**Frage 4:**

Im 1. Halbjahr 2009 haben 179 Personen das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis beendet.

Nur eine Person bezieht die Alterspension in Höhe von derzeit EUR 473,41 monatlich brutto.

Neun Personen werden bis zum 31.12.2013 das Anfallsalter für die Inanspruchnahme der Langzeitversichertenpension vollenden.

**Frage 5:**

Für die Kalenderjahre 2005, 2006, 2007 und 2008 sind keine derartigen schriftlichen Ansuchen gestellt worden.

Seit 01.01.2009 sind insgesamt 283 schriftliche Anträge um Bekanntgabe der Auswirkungen eines Wechsels in das ASVG-System gestellt worden. Die Aufteilung nach öffentlich-rechtlichen Dienstgebern ergibt folgende Ergebnisse:

öffentlich-rechtlicher Dienstgeber	Anzahl der schriftlichen Ansuchen
Bund	22 – davon 7 Ministerien
Bundesländer	22
Gemeinden	222
Post AG	15
Telekom	2
ÖBB	-
Gesamt	283

Von den 283 Personen haben zwischenzeitlich 40 das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis beendet und zwei Personen haben den Austritt mit Wirksamkeit zum 31.12.2010 erklärt.

**Frage 6:**

Statistische Aufzeichnungen für diese Personen existieren nicht. Eine umfassende händische Auswertung war in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Es wurden deshalb nur jene Pensionsanträge ab 01.01.2005 händisch ausgewertet, bei denen das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis ab 01.01.2005 beendet worden ist. Den Bruttopensionsaufwendungen sind aber jedenfalls die vom öffentlich-rechtlichen Dienstgeber geleisteten Überweisungsbeiträge gegenzurechnen.

Die Auswertungsergebnisse wurden in nachstehender Tabelle zusammengefasst:

Jahr	Anträge auf Langzeitversicherten- oder sonstige vorzeitige Alterspension						Gesamt
	Bund	Bundesland	Gemeinden	Post AG	Telekom Austria	ÖBB	
2005	-	1	-	1	-	-	2
2006	1	2	1	3	1	-	8
2007	1	3	2	1	-	-	7
2008	3	1	1	3	-	-	8
2009	1	2	1	2	-	-	6
Gesamt	6	9	5	10	1	-	31

### Frage 7:

Im Zeitraum von 01.01.2005 bis 31.12.2009 sind insgesamt 3.075 Beamtinnen und Beamte des Bundes, der Bundesländer, Gemeinden, Post AG und Telekom Austria in das ASVG-System gewechselt.

Die Detailstatistik ergibt folgende Ergebnisse:

Jahr	Bund	davon Ministerien	Länder	Gemeinden	Post AG	Telekom	ÖBB	Gesamt
2005	865	101	147	131	224	45	-	1.412
2006	323	33	26	33	50	13	-	445
2007	297	40	34	30	40	14	-	415
2008	238	16	26	30	51	20	-	365
2009	281	25	28	44	63	22	-	438
Gesamt	2.004	215	261	268	428	114	-	3.075

### Frage 8:

Statistische Aufzeichnungen für diese Personen existieren nicht. Eine umfassende händische Auswertung war in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Es wurden deshalb nur Fälle händisch ausgewertet, bei denen das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis ab 01.01.2005 beendet worden ist. Ausgewertet wurden alle zuerkannten Berufsunfähigkeits-/Invaliditätspensionen, vorzeitigen Alterspensionen und Alterspensionen.

Die Auswertungsergebnisse wurden in nachstehender Tabelle zusammengefasst:

Jahr des Pensionsbeginnes	Anzahl der Gewährungen	Bruttopensionsaufwendungen vom Pensionsbeginn bis 30.06.2010 exkl. Krankenversicherung	Höhe der Überweisungsbeträge der öffentlich-rechtlichen Dienstgeber
2005	3	EUR 132.857,10	EUR 91.888,85
2006	11	EUR 915.922,85	EUR 559.659,11
2007	7	EUR 411.447,51	EUR 250.360,41
2008	9	EUR 432.552,31	EUR 515.167,21
2009	7	EUR 149.414,19	EUR 327.268,48
<b>Gesamt</b>	<b>37</b>	<b>EUR 2.042.193,96</b>	<b>EUR 1.744.344,06</b>

Die Aufschlüsselung nach ehemaligem öffentlich-rechtlichem Dienstgeber ergibt folgende Ergebnisse:

ehemaliger öffentl.-rechtlicher Dienstgeber	Anzahl zuerkannter Pensionen	Bruttopensionsaufwendungen vom Pensionsbeginn bis 30.06.2010 exkl. Krankenversicherung	Höhe der Überweisungsbeträge der öffentlich-rechtlichen Dienstgeber
Bund	7	EUR 331.173,18	EUR 214.445,92
Bundesländer	10	EUR 472.733,84	EUR 365.388,34
Gemeinde	8	EUR 382.945,04	EUR 313.000,47
Post AG	11	EUR 752.379,06	EUR 800.436,75
Telekom Austria	1	EUR 102.962,84	EUR 51.072,58
ÖBB	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>37</b>	<b>EUR 2.042.193,96</b>	<b>EUR 1.744.344,06</b>

#### Frage 9:

Die PVA hat hierzu mitgeteilt, dass nicht möglich ist, die Anzahl zu prognostizieren. Dies ist in der Tatsache begründet, dass die gefertigte Anstalt in die Entscheidung über die Beendigung des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses nicht involviert ist.

Zur Information wird seitens der PVA mitgeteilt, dass im Monat Juni 2010

35 Männer mit Geburtsdatum bis 31.12.1953

51 Frauen mit Geburtsdatum bis 31.12.1958

das Beamtendienstverhältnis beendet haben. Diese 86 Personen könnten daher bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen die Langzeitversichertenpension oder eine vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer ohne fünfjährige Wartezeit in Anspruch nehmen.

Die Höhe einer durchschnittlichen vorzeitigen Alterspension (Durchschnitt aller vorzeitigen Alterspensionen) beträgt derzeit EUR 1.775,07 monatlich brutto exklusive Krankenversicherungsbeitrag. Für 86 Personen würde daher ein Bruttoaufwand von jährlich EUR 2,137.184,28 entstehen. Dem wären die geleisteten Überweisungsbeiträge gegenzurechnen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'J' followed by several loops and a long horizontal stroke.